

St. Gallen, den 25. August 2009

EINFACHE ANFRAGE

Geschenk-Gutscheine nun doch nicht für alle Einwohnerinnen und Einwohner?

Spart die Stadt auf Kosten von Personen mit tiefsten Einkommen resp. tiefster finanzieller Unterstützung?

Sehr geehrte Frauen Stadträtinnen

Sehr geehrte Herren Stadträte

In unserer kürzlich verabschiedeten Parlamentsvorlage konnten wir auf Seite 6 folgendes lesen:

„Berechtigung und Höhe der Einkaufsgutscheine:

Berechtigt sind alle an einem bestimmten Stichtag in der Stadt wohnhaften und unbeschränkt steuerpflichtigen Einwohner und Einwohnerinnen sowie deren minderjährige Kinder.“

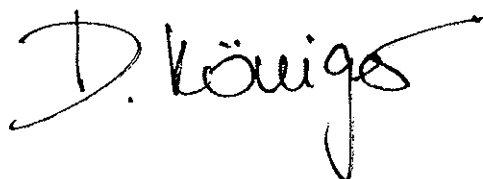
Mir wurde nun ein Fall bekannt, den ich nicht entsprechend der vom Stadtrat gemachten Aussage einordnen kann.

Hier die kurze Fallschilderung: Eine Asyisuchende lebt seit 1997 in der Schweiz und hat eine Aufenthaltsbewilligung F VA 7+ (*). Sie ist alleinerziehende Mutter von drei Kindern. Sie arbeitet teilzeitlich und hat ein eigenes Einkommen, welches bis zum Existenzminimum durch das Sozialamt ergänzt und der Quellensteuer untersteht. Sie und ihre Kinder haben keine Gutscheine erhalten.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Warum erhielt die oben genannte Bewohnerin und ihre drei Kinder keine Gutscheine?
- Erhielten Personen mit Aufenthaltsbewilligung N + F die Gutscheine?
- Erhielten Personen mit Aufenthaltsbewilligung F VA 7+ (*) die Gutscheine?
- Wäre es nicht im Sinne der Konjunkturanhebung (und ausserdem eine Geste der Grosszügigkeit), an Personen mit tiefsten Einkommen den Gutschein abzugeben, da diese den Gutschein sicher schnell ausgeben würden, da sie ihn auch dringend benötigen?

Mit freundlichen Grüssen



Doris Königer

(*) Seit 01.01.2008 hat ein Systemwechsel bei den vorläufig aufgenommen Asylsuchenden stattgefunden. Personen mit F-Bewilligung, die länger als sieben Jahre in der Schweiz leben erhalten die Aufenthaltsbewilligung VA 7+. Sie sollen dadurch schneller in die Gesellschaft integriert werden. Sie erhalten unabhängig von der Arbeits- und Wirtschaftslage eine Erwerbsbewilligung und werden in Notsituationen vom Sozialamt der Wohngemeinde wie Personen mit B-Bewilligung unterstützt.